

*Dokumentiert:*

*Rede von Dr. Christian Fischer vom Städtepartnerschaftsverein Köln-Wolgograd bei der Mahnwache „Das Gebot der Stunde: Gemeinsame Sicherheit und Abrüstung. Keine Waffenlieferung an die Ukraine!“ am 16.02.2022*

Der Städtepartnerschaftsverein Köln-Wolgograd beteiligt sich an dieser Mahnwache, weil die politische Stimmung es leider einmal wieder erfordert, die Stimme für den Frieden zu erheben. Das ist keine Kampfansage an irgendjemanden, keine geopolitische Analyse, sondern ein Aufruf zur Vernunft.

Der Städtepartnerschaftsverein K - W ist 1989 gegründet worden, nachdem die beiden Oberbürgermeister Norbert Burger und Juri Starovatyh 1988 die Städtepartnerschaft begründet hatten. Ziel war es, die Völkerverständigung zu pflegen, die Möglichkeit zu schaffen, dass die Bürger sich gegenseitig kennenlernen. Bei direkten Begegnungen zwischen den Menschen kommt niemand auf die Idee, Krieg zu führen. Diese Arbeit funktioniert seit vielen Jahren. Es gab regelmäßig Reisen in beide Richtungen, es gab gemeinsame Aktivitäten auf sportlichem und kulturellem Gebiet, es gab Schüleraustausch, Musikprojekte, und immer das Erlebnis gegenseitiger Freundschaft. Das haben besonders die deutschen Teilnehmer gespürt, die nach Wolgograd gefahren sind, dem ehemaligen Stalingrad. Sie sind dort aufgenommen worden wie Freunde, trotz der Geschichte gerade dieser Stadt, die niemand vergessen hat und die auch nicht vergessen werden darf. Im Sommer 2019 hat es hier in Köln in der Kartäuserkirche eine Ausstellung gegeben, die an die Schlacht um Stalingrad erinnert hat. Gäste aus Wolgograd kamen zur Eröffnung, auch der alte Juri Starovatyh. Er hat erzählt, wie er als Kind mit seiner Mutter aus Stalingrad fliehen musste und sie gefragt hat „Warum wollen die uns töten?“ Er sagte vor 2 Jahren hier in Köln, er habe nie eine Antwort auf seine Frage bekommen.

Der Städtepartnerschaftsverein unterstützt seit 30 Jahren Menschen in Wolgograd, die in Nazideutschland Zwangsarbeit

leisten mussten. Ihnen ging es, soweit sie überhaupt überlebt haben und in ihre Heimat zurückkamen, auch in der SU oft schlecht, weil sie dort als Nazi-Kollaborateure angesehen wurden. Unser Verein organisiert seit vielen Jahren Hilfsgelder, die von der Stadt Köln und anderen Stiftern zur Verfügung gestellt werden, um diesen Menschen zu helfen. Von den heute noch in Wolgograd lebenden 300 Zwangsarbeitern und ihren in deutschen Lagern geborenen Kindern werden auf diesem Weg heute noch 116 Personen medizinisch und sozial unterstützt, dank der Spenden.

Damit sind wir bei der aktuellen Situation. Stellen Sie sich vor, die internationalen Spannungen steigen weiter, die Banküberweisungen werden erschwert oder verhindert, Reisen von Kontaktpersonen werden erschwert oder zu gefährlich – wie sollen die Menschen dort dann unsere Unterstützung bekommen, auf die viele immer noch angewiesen sind und zu der wir uns verpflichtet fühlen?

Das mag nur ein kleiner Aspekt sein; es gibt ganz gewiss genügend andere Gründe, einen Krieg abzuwenden. Aber es ist ein Aspekt, der unsere jahrzehntelange Partnerschaftsarbeit unmittelbar betrifft. Das Geld für diese Familien, Opfer des deutschen Krieges, käme vielleicht nicht mehr zu diesen Menschen. Auch die gegenseitigen Besuche, die in den letzten 2 Jahren wegen der Pandemie sowieso pausieren mussten, wären dann kaum noch möglich. Die Partnerschaftsarbeit auch zwischen vielen anderen Städten käme zum Erliegen.

Nicht nur, aber auch deshalb müssen unsere Politiker alles tun, um weitere Eskalationen zu verhindern, sie müssen verhandeln, sie dürfen keine Waffen liefern, die Regierung in Berlin muss bei diesem Kurs bleiben, mindestens, und ihn konsequent in Richtung Deeskalation verstärken. Viele Mitbürger denken: wieso wir? Die anderen sind doch die Angreifer. Ich habe eingangs gesagt, dass hier keine geopolitische Analyse gemacht wird. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass es ein grundlegendes Prinzip der Städtepartnerschaften ist, die andere Seite verstehen zu wollen. Das ist *unsere* Aufgabe, so wie es die Aufgabe der anderen Seite ist, uns verstehen zu wollen.

Wenn wir uns in die Situation Russlands versetzen, sollten wir Folgendes Revue passieren lassen: Vor über 30 Jahren ist die Rote Armee aus der DDR abgezogen, friedlich, und es gab ein wiedervereinigtes Deutschland; die Sowjetunion hat sich aufgelöst, der Warschauer Pakt hat sich aufgelöst, es gab Angebote von sowjetischer, später von russischer Seite, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen. Es gab im Gegenzug von westlicher Seite die Absichtserklärung (nein, keine vertragliche Verpflichtung) dass die NATO nicht nach Osten vorrückt. Und was ist geschehen? Wir wissen es. Mehr als ein Dutzend neue NATO-Mitglieder Richtung Osten und die Ukraine wird beliefert als wäre sie bereits NATO-Mitglied. Das ist das europäische Haus von westlicher Seite.

Wenn die Geschichte der russischen Panzer nahe an der ukrainischen Grenze erzählt wird, dürfen wir diese Vorgeschichte nicht verschweigen; soviel Ehrlichkeit muss sein.

Es hat eine ähnliche Situation schon einmal gegeben, die Kubakrise 1962. Die Reaktion aus Washington war deutlich: Kennedy drohte ernsthaft mit Krieg. Und die SU zog ihre Raketen ab. Ist es nicht denkbar, dass es die russischen Manöver und Truppenaufmärsche – notabene: auf eigenem Staatsgebiet! – vielleicht gar nicht geben würde, wenn heute die NATO größeren Abstand halten würde oder gehalten hätte?

Ich möchte nicht missverstanden werden: ich bin kein Anhänger von Wladimir Putin und mache keine Werbung für das politische System Russlands. Ich halte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten für ein hohes Gut und übrigens auch für eine wichtige Voraussetzung für den Frieden. Nur soviel: ich halte Putin für klug genug, keinen Weltkrieg zu beginnen. Aber vor allem: wir leben im Westen - es geht um *unser* Verhalten. Wenn wir Krieg vermeiden wollen, müssen wir damit anfangen, uns in die Situation des anderen zu versetzen und die Welt einmal aus dessen Perspektive betrachten. Der Klügere fängt an – mit der Vernunft, mit der Deeskalation, mit der Kooperation. Das erwarte ich auch in Zukunft von unserer Regierung.